Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 32 (2013)
Heft: 62

Artikel: Staatsfinanzen und Care-Ökonomie
Autor: Mader, Katharina
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651701

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Katharina Mader

Staatsfinanzen und Care-Ökonomie

Gerade in Krisenzeiten wäre es von grosser Bedeutung, die Last der Care-Arbeit zu reduzieren, indem unbezahlte Arbeit anerkannt und umverteilt wird, indem menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer sichergestellt und staatliche Regulierung und Infrastrukturleistungen bereitgestellt werden (Bakker 2009, 41). Care-Ökonomie und Care-Arbeit[1] gelten zwar als relativ krisenresistent, weil die Nachfrage nach ihnen (über)lebenswichtig ist. Die Nachfrage nach Care-Arbeit ist daher kaum konjunkturellen Schwankungen unterworfen, sie hängt wesentlich von demografischen Entwicklungen ab und nimmt in unserer Gesellschaft zu, da die Zahl betreuungs- und pflegebedürftiger Menschen tendenziell ansteigt.

Dennoch wird mittlerweile eine Care-Krise wahrgenommen. Diese hat zumindest zwei Ebenen und wird häufig als doppelte Care-Krise beschrieben: Die erste Ebene thematisiert die «Zweitrundeneffekte» von Wirtschaftskrisen, die zweite bezieht sich auf die «Kostenkrankheit» des Dienstleistungssektors. Ich möchte diese beiden Dimensionen im vorliegenden Artikel um eine dritte erweitern und Care mit Gender Budgeting verknüpfen, um aufzeigen, wie paradox es ist, dass Gleichstellungsinitiativen, wie zum Beispiel Gender Budgeting, unbezahlte Care-Arbeit nicht bzw. kaum berücksichtigen. Ich lege dar, weshalb eine Neuausrichtung von Gender Budgeting durch den Einbezug von unbezahlter Care-Arbeit gerade in Zeiten von Wirtschaftskrisen wichtig wäre.

Care und «Zweitrundeneffekte» von Wirtschaftskrisen

Angeblich nicht mehr finanzierbare Gesundheitssysteme, Mehrfachjobs, die die Kinderversorgung, die Kranken- oder Altenpflege nahezu verunmöglichen, oder staatlich geduldete Schwarzarbeit im Pflegebereich sind nur einige der Beispiele, die auf eine Care-Krise verweisen (vgl. Klawatsch-Treitl 2009, 149). Christa Wichterich führt diese Care-Krise auf «Zweitrundeneffekte» der Wirtschaftskrise zurück: Staatliche Ausgaben gehen wegen der Verschuldung und private Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung zurück. Daher stehe eine «neue Welle des Kleinhackens von Beschäftigung in Teilzeit-, Leih- und prekäre Arbeit» an, ebenso ein «Ab-

specken des öffentlichen Sektors» mit Lohnkürzungen und Entlassungen. Frauen und ihre Care-Tätigkeiten werden «als soziale Air Bags» (Wichterich 2009, 25) gefragt sein, die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen oder Kündigungen auffangen und mit unbezahlter Care-Arbeit das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern sollen.

Untersuchungen zu (früheren) Wirtschaftskrisen und ihren Folgen für die unbezahlte Care-Arbeit von Frauen (z. B. von Aslanbeigui/Summerfield (2000), Bakker (2002), Seguino (2009)) zeigen, dass Frauen als bezahlt und unbezahlt Care-Arbeit Leistende besonders stark von Wirtschaftskrisen betroffen sind. Es sind Frauen, die die überproportionale Last von Krisen tragen, denn sie verlieren nicht nur ihre Jobs, sondern müssen auch die Güter und Dienstleistungen ersetzen, die nicht mehr auf dem Markt gekauft werden können oder vom Staat – aufgrund von Budgetkonsolidierungen – nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Die Rücknahme öffentlicher Angebote in Zeiten knapper Kassen bedeutet dabei «einen doppelten Verlust: Verhinderung weiblicher Erwerbsintegration und Reduzierung von Frauen-Arbeitsplätzen» (Thiessen 2004, 69).

Gerade die Aktivitäten des öffentlichen Bereichs sind für Frauen von grosser Bedeutung, nicht nur als Beschäftigungssektor mit Aussicht auf mehr Chancengleichheit, sondern vor allem, weil öffentliche Güter und Dienstleistungen dabei helfen, die Belastungen durch unbezahlte Care-Arbeit zu reduzieren. Daher sind Frauen auch überdurchschnittlich negativ von Sparmassnahmen des öffentlichen Sektors betroffen. Dabei ist aber paradoxerweise die Care-Ökonomie das Wachstumsfeld der Zukunft: «Denn – u. a. seit die Hausfrauen ihre sozialen Dienste nicht mehr so umfassend und geräuschlos ableisten wie früher – braucht man qualifizierten und massenhaften Ersatz. Dieser ist nicht umsonst. Statt aber die Weichen für einen menschenwürdigen Ausbau der sozialen Dienste zu stellen, wird die vorhandene und potenzielle Beschäftigung in diesem Bereich durch Niedriglohnkonkurrenz verdrängt und entwertet.» (Knapp 2004, 8)

Der Abbau der Staatsschulden geht mit einem Rückgang der Sozialleistungen einher, der vor allem Frauen trifft, insbesondere dann, wenn sie die zunehmend fehlenden sozialen Transfers, Güter und Dienstleistungen durch unbezahlte Care-Arbeit kompensieren müssen. Aus den erwähnten Studien kann geschlossen werden, dass auch die aktuellen Krisenwirkungen und die derzeitige Priorität des Abbaus der Staatsschulden dazu führen, dass Care-Bereiche wie Gesundheit, Bildung und Pflege weltweit massiv unter Druck kommen. Dies ist die erste Dimension der Care-Krise.

Care und «Kostenkrankheit» des Dienstleistungssektors

Care-Arbeit beinhaltet laut Mascha Madörin Besonderheiten, die bei der Produktion industrieller Güter nicht gelten: das Subjekt-Subjekt-Verhält-

nis, das der Care-Arbeit zugrunde liegt, die Emotionen und zwischenmenschlichen Beziehungen als Teil der Care-Tätigkeiten und ihrer Qualität, die Unmöglichkeit der Trennung von Produkt, Produzentin und Bezüger des Produkts bzw. der Leistung, die begrenzte Aufteilbarkeit von zeitlichen Abläufen und die geringe Planbarkeit und hohe Komplexität von Care-Tätigkeiten, die begrenzte Substituierbarkeit von Produktionsfaktoren sowie die spezifische Motivation, die immer etwas mit der Sorge für andere zu tun hat (vgl. Madörin 2006, 282f., vgl. auch 2010). Dies hat wesentliche Implikationen für das Ausmass, in dem Produktivitätssteigerungen bei Care-Arbeit möglich sind, ohne dabei die Qualität ebendieser zu verschlechtern. So führt beispielsweise der Versuch, mehr Menschen mit dem gleichen Aufwand an Arbeitskraft zu betreuen oder zu pflegen, fast immer zwangsläufig zu einer Qualitätseinbusse.

Die zeitintensiven Care-Tätigkeiten haben also die Eigenheit, dass sie sich durch technische Innovationen oder effizientere organisatorische Gestaltung nicht in dem Masse rationalisieren lassen, wie das in der Güterproduktion möglich ist. «Many services require direct contact between those who consume the service and those who provide it. Attempts to improve productivity by reducing the amount of personal contact merely reduce the quality of the service.» (Donath 2000, 118) William Baumol nennt dies die Kostenkrankheit des Dienstleistungssektors: «Because productivity improvements are very difficult for most services, their cost can be expected to rise faster, year in, year out, than the cost of manufactured goods. Over a period of several decades, this difference in the growth rate in costs of the two sectors can add up, making services enormously more expensive compared with manufactured goods.» (Baumol/Blinder 1985, 546 zit. in: Donath 2000, 118)

Unter Baumols Annahmen verteuern sich technologisch stagnierende Leistungen relativ zu Gütern, die in technologisch progressiven Wirtschaftszweigen produziert werden. Dienstleistungen ebenso wie Care-Arbeit leiden daher an der sogenannten Baumol'schen Kostenkrankheit, weil sie arbeitsintensiver und weniger dem technischen Fortschritt – also Produktivitätssteigerungen – zugänglich seien. Dies treibe die relativen Preise von Dienstleistungen und Care-Tätigkeiten nach oben. Die geringeren «Produktivitätsfortschritte» verteuern Care-Arbeit gegenüber dem Produktionssektor und machen sie angeblich «unbezahlbar».[2]

Auch die – in den letzten Jahrzehnten – empirisch beobachtbare Verschiebung von unbezahlter zu bezahlter Care-Arbeit führte bei den Care-Tätigkeiten nicht zu ähnlichen Produktivitätssteigerungen, wie es historisch beim Wandel von unbezahlter Güterherstellung zu bezahlter der Fall war und bis heute ist. Die «economies of scale» in der Massengüterfertigung hatten nach Susan Himmelweit Folgen für die Eigenproduktion in

den privaten Haushalten: «These productivity gains are experienced by households as a rising opportunity cost of domestic production, measured either historically by the real cost of servants' wages or latterly by the purchasing power of the potential wage foregone by homemakers, owing to a fall in the price of commodity substitutes. However [...] moving into the paid economy does not in itself raise productivity in caring.» (Himmelweit 2007, 587f.)[3]

Weil also die Gesamtausgaben für Care-Arbeit in einer Gesellschaft kontinuierlich steigen, geraten sie besonders in den Fokus neoliberaler Sparpolitik (vgl. Winker 2008, 51). Dies beschreibt die zweite Dimension der Care-Krise.

Care und Gender Budgeting

Bis heute wurden Schätzungen zufolge seit der ersten Gender-Budget-Initiative in Australien im Jahr 1983 weit über 60 Initiativen in allen Teilen der Welt lanciert. Sie entstanden im Kontext nationaler und internationaler feministischer Bewegungen und «provide a means for determining the effect of government revenue and expenditure policies on women and men» (Budlender et al. 2002, 52). Absicht ist jedenfalls, zu untersuchen, ob Budgets Geschlechtergerechtigkeit fördern oder verhindern. Die Schlüsselfrage lautet: Welche Auswirkung haben budgetpolitische Grössen und Massnahmen auf die Gleichstellung der Geschlechter? Reduzieren sie Geschlechterungleichheiten, vergrössern sie sie oder lassen sie sie unverändert? Für Gender Budgeting sind die folgenden Aspekte wesentlich: zum einen die inhaltliche Gestaltung von Budgets und zum anderen die Transparenz des Prozesses der Budgeterstellung sowie die Möglichkeiten der Partizipation, der Einflussnahme auf Budgetprioritäten. Erklärtes Ziel ist Gleichstellung von Frauen und Männern (vgl. Mader 2009, 19).

Dabei ist der Fokus auf unbezahlte Care-Arbeit der Schlüsselaspekt, der Gender-Budget-Initiativen von anderen (partizipativen) Budget-Initiativen unterscheidet oder unterscheiden sollte, denn die «Auswirkung eines Budgets auf die soziale Gleichstellung von Frauen und Männern zeigt sich in seinem Effekt auf das Mass an unbezahlter Arbeit, die erbracht werden muss» (Elson 2002, 23). Eine Wirtschaftspolitik, die die nicht marktliche, unbezahlte, zum grössten Teil von Frauen geleistete Care-Arbeit nicht in sämtlichen Stadien des Budgetprozesses berücksichtigt und mit einbezieht, kann den Prinzipien von Gender Budgeting nicht gerecht werden.

In Österreich ist Gender Budgeting im Bundeshaushaltsrecht und in der Finanzverfassung (Art. 13 (3) BV) verankert, und nicht zuletzt deshalb ist es seit 2009 «Pflicht», Geschlechterunterschiede bei der Analyse von Wirkungen staatlicher Massnahmen zu berücksichtigen (vgl. u.a. Klatzer 2010). Dennoch scheint Gender Budgeting derzeit nicht viel mehr als ein

Schlagwort zu sein. Geschlechtereffekte der Krise, der Konjunkturprogramme und der (angekündigten) Konsolidierungs- und Sparpolitiken werden nämlich weitgehend negiert und verschwiegen – vor allem die Auswirkungen auf die unbezahlte Care-Arbeit.

Ich gehe daher davon aus, dass die doppelte Care-Krise um eine dritte Dimension zu erweitern ist. Obschon die unbezahlte Care-Ökonomie als *das* zentrale Element des Gender-Budgeting-Ansatzes verstanden wird, wird sie weltweit in vielen Gender-Budgeting-Initiativen gänzlich oder grossteils vernachlässigt: Budlender kommt zum Schluss, dass «despite its importance [...], the unpaid labour aspect is not present in all GRB [Gender Responsive Budgeting] work. And when it is present, it is often not strongly developed.» (Budlender 2004, 17) Einige Initiativen berücksichtigen unbezahlte Arbeit überhaupt nicht, andere erwähnen unbezahlte Tätigkeiten zwar in den Analysen des Ist-Zustandes, führen dies aber nicht konsequent weiter, «when it comes to discussing policy and associated budgets.» (Budlender 2004, 18)[4]

Damit wird der Anschein erweckt, dass unbezahlte Care-Arbeit als eine Ressource wahrgenommen werden kann, die in unbegrenztem Ausmass zur Verfügung steht und deshalb beispielsweise bei einer Untersuchung von Auswirkungen der Kürzung von Sozialleistungen nicht in entsprechendem Ausmass berücksichtigt werden muss. Die spezifischen Bedürfnisse von Frauen als bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit Leistende bleiben damit weitestgehend unberücksichtigt. Dies ist meiner Einschätzung nach die dritte Dimension der Care-Krise.

Fazit: Care und Staatsfinanzen

Diese drei Ebenen oder Dimensionen der Care-Krise sind vor allem deshalb beunruhigend, weil Care-Krise heisst, dass Menschen, die von Care-Arbeit – also von Versorgung und Zuwendung anderer – abhängig sind, diese Zuwendung unter Umständen nicht mehr erhalten. Um diese Auswirkung so gering wie möglich zu halten bzw. gar zu vermeiden, ist es notwendig, das gesellschaftlich dominante Verständnis von Arbeit zu analysieren, Machtverhältnisse und Interessen zu erkennen und eine Neuorganisation und Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit ebenso wie eine Entprekarisierung und eine gesellschaftliche Aufwertung der Care-Arbeit zu forcieren. Dies ist gerade während und nach Wirtschafskrisen, die von einer De-Thematisierung von «Frauen», «Frauenarbeit» und geschlechtsspezifischen Krisendimensionen geprägt sind, von enormer Wichtigkeit. Damit die gesellschaftlich notwendige und ökonomisch bedeutsame Care-Arbeit nicht (weiter) reprivatisiert, refamilialisiert, marginalisiert und entwertet wird, bedarf es der Umverteilung und Neubewertung von Arbeit.

Um bisherige staatliche Gleichstellungsbestrebungen nun im Zuge der Wirtschaftskrise bzw. der Konsolidierungsprogramme nicht zu konterkarieren, darf Gender Budgeting nicht zu einer inhaltsleeren Strategie werden, sondern muss, eingebettet in eine gleichstellungspolitische Gesamtstrategie, von allen föderalen Ebenen ernst genommen werden. Dafür müssen Sparprogramme, jeweils bevorstehende Kürzungen und ihre Auswirkungen aus der Perspektive von Frauen und ihrer Adaptierungsstrategien (die häufig in einer Erhöhung ihrer Leistung an unbezahlter Care-Arbeit bestehen) zureichend untersucht werden.

Um eine «uncaring future» (Himmelweit 2007, 584) zu vermeiden, bedarf es der Veränderung von Caring-Normen und -Praxen sowie der politischen Intervention. Care-Arbeit und ihre Ökonomie sind als Basis jedes weiteren Wirtschaftens, jeder wirtschafts- und budgetpolitischen Strategie zur Krisenbewältigung und damit jeder gesamtwirtschaftliche Theorie zu verstehen.

Es ist daher eine der wichtigsten Herausforderungen für Gender Budgeting, dass für die Care-Ökonomie ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, in der bezahlten Care-Arbeit existenzsichernde Löhne bezahlt werden und sie sozial- und arbeitsrechtlich gut abgesichert ist. Und dass Frauen von unbezahlter Care-Arbeit entlastet werden, mehr Männer unbezahlte Care-Arbeit übernehmen und für unbezahlte Care-Arbeit adäquate Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Idee ist: Jede/jeder in der Gesellschaft übernimmt einen Teil unbezahlter Care-Arbeit und einen Teil bezahlter Arbeit. Die Geschlechtsbindung von Arbeit, und das heisst vor allem die Bindung von bezahlter und unbezahlter Care-Arbeit an Frauen, muss aufgehoben werden.

Gender Budgeting muss diesbezüglich nachhaltig sein und die Umverteilung vorantreiben. Die Voraussetzungen dafür zu gewährleisten, dass Menschen gut aufwachsen, gut leben, täglich regeneriert an die Erwerbsarbeit gehen und in Würde altern und sterben können, ist die zentrale Herausforderung und Aufgabe für Gender Budgeting (vgl. Gubitzer et al. 2008). Hierfür müssen in einem demokratischen Prozess, beispielsweise im Rahmen von Gender-Budgeting-Initiativen, Care-Standards formuliert und deren Einhaltung kontrolliert werden. Ausserdem ist dem Abbau von öffentlichen Güter und Dienstleistungen, die ein gutes Leben für alle ermöglichen, entgegenzuwirken. Ihre Organisation ist jenseits von neoliberaler Marktlogik demokratisch zu gestalten. Sie muss von allen mitgestaltet bzw. beeinflusst werden können und der alltäglichen Lebensführung und Lebenssituation der Menschen dienen.

Anmerkungen

1 Care-Arbeit umfasst sowohl unbezahlte als auch bezahlte Care-Arbeit und wird unterteilt in direkte und unterstützende Care-Arbeit. Mit direkter Care-Arbeit werden all die personenbezogenen Arbeiten bezeichnet, die in direkter Beziehung zwischen zwei Personen, die sich zur gleichen Zeit am gleichen Ort befinden müssen, gemacht werden. Mit unterstützender Care-Arbeit werden all die Arbeiten bezeichnet, die direkte Care-Arbeit erst ermöglichen, sie organisieren, unterstützen aber auch Arbeiten, die zur menschlichen Existenz und zum Zusammenleben gehören (vgl. Gubitzer/Mader 2011, 18).

2 Baumol weist jedoch – vor allem in seinen späteren Arbeiten (2001) – darauf hin, dass dies ein Trugschluss ist, denn solange die Produktivität einer Volkswirtschaft insgesamt zunimmt, könne diese Volkswirtschaft mehr von allem produzieren, sowohl von Gütern als auch Dienstleistungen. Die Veränderung der relativen Preise habe dennoch Auswirkungen auf private Haushalte, Unternehmen oder die Staatsfinanzen.

3 Dies ist auch ein wesentlicher Grund für die feministische Arbeit zur Care-Ökonomie. Zu forcieren wäre Susan Himmelweit zufolge, dass eine Verschiebung «in emphasis from work to care may have to extend beyond household boundaries throughout the economy and pervade all economic thinking» (Himmelweit, 2000, xxxiii).

4 Budlender unterstreicht hierbei, dass das Vorliegen einer detaillierten Datenbasis keine notwendige Voraussetzung für den Einbezug von unbezahlter Care-Arbeit durch Gender Budget-Initiativen darstellt, denn «if – as is usually the case – everyone acknowledges that women bear the main burden of most types of unpaid labour, exact data strengthen the case and make it appear more scientific, but are not required for appropriate policy making» (Budlender 2004, 18).

Literatur

Aslanbeigui, Nahid/Summerfield, Gale, 2000: The Asian Crisis, Gender, and the International Financial Architecture. In: Feminist Economics, 6 (3), 81–103

Bakker, Isabella, 2002: Who Built the Pyramids? Engendering the New International Economic and Financial Architecture. In: Femina Politica, Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft, 11. Jg. Heft 1, 38–48

Bakker, Isabella, 2009: The Global Financial Crisis and Care: Context and Gender Aware Responses. In: Report der WIDE Annual Conference 2009 «We care! Feminist responses to the care crises», 18. bis 20. Juni 2009 in Basel

Baumol, William, 2001: Paradox of the Services: Exploding Costs, Persistent Demand. In: Raa, Thijs ten/Schettkat, Ronald (Hg.): The Growth of Service Industries: The Paradox of Exploding Costs and Persistent Demand. Cheltenham: Edward Elgar, 3–28

Budlender, Debbie/Elson, Diane/Hewitt, Guy/Mukhopadhyay, Tanni, 2002: Gender Budgets Make Cents. Understanding gender responsive budgets. London: Commonwealth Secretariat

Budlender, Debbie, 2004: Expectations versus Realities in Gender-responsive Budget Initiatives. www.gender-budgets.org/uploads/user-S/11281073931Debbie_Budlender-_Expectations_vs._Realities_in_GRB_Initiatives.pdf (Abfrage 10.7.2007)

Donath, Susan, 2000: The Other Economy: A Suggestion for a Distinctively Feminist Economics. In: Feminist Economics, 6 (1), 115–123

Elson, Diane, 2002: Gender Responsive Budget Initiatives: Some Key Dimensions and Practical Example. In: Gender Budgeting Initiatives. Strategies, Concepts and Experiences, Papers from the International Conference «Strengthening Economic and Financial Governance Through Gender Responsive Budgeting», 16.–18. Oktober 2001, Brüssel, 15–29

Gubitzer, Luise/Klatzer, Elisabeth/Mader, Katharina/Mayrhofer, Monika/Muhr, Katharina/Obermair, Anna/Sauer, Birgit/Schlager, Christa, 2008: Gender Budgeting als Beitrag zur Demokratisierung europäischer Wirtschaftspolitik? Forschungsbericht.

Gubitzer, Luise/Mader, Katharina, 2011: Care-Ökonomie. Ihre theoretische Verortung und Weiterentwicklung. In: Kurswechsel Nr. 4, 7–21

Himmelweit, Susan, 2000: Introduction: from Labour to Care. In: Himmelweit, Susan (Hg.): Inside the Household. From Labour to Care. Houndsmill

Himmelweit, Susan, 2007: The prospects for caring: economic theory and policy analysis. In: Cambridge Journal of Economics, no. 31, 581–599

Klawatsch-Treitl, Eva, 2009: Vom Sorgen und Teilen – Care Ökonomie. In: Verein Joan Robinson/Institut für Institutionelle und heterodoxe Ökonomie/WIDE Netzwerk (Hg.): Wirtschaft anders denken. Handbuch Feministische Wirtschaftsalphabetisierung. Wien

Klatzer, Elisabeth, 2010: Gender Budgeting als Instrument der Gleichstellung? Fakten zur politischen Umsetzung in Österreich. In: Widerspruch, Heft 58, Zürich, 123–137

Knapp, Ulla, 2004: Die neuen Gesetze am Arbeitsmarkt aus frauenpolitischer Sicht. www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_dwp_vwl/Diskussionspapiere/Knapp/HartzIV_aus_Frauensicht.pdf (Abfrage 10.3.2010)

Mader, Katharina, 2009: Gender Budgeting: Ein emanzipatorisches, finanzpolitisches und demokratiepolitisches Instrument. Theoretische Fundierung und Exemplifizierung am Wiener Budgetprozess. Frankfurt a. M./Wien

Madörin, Mascha, 2006: Plädoyer für eine eigenständige Theorie der Care-Ökonomie. In: Niechoj, Torsten/Tullney, Marco (Hg.): Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie. Marburg, 277–297

Madörin, Mascha, 2010: Weltmarkterfolg auf Kosten der Frauen. Steuerpolitik, Care- und Genderregimes in der Schweiz. In: Widerspruch, Heft 58, Zürich, 97–109

Seguino, Stephanie, 2009: The Global Economic Crisis, Its Gender Implications, and Policy Responses. Paper prepared for Gender Perspectives on the Financial Crisis Panel at the Fifty-Third Session of the Commission on the Status of Women. United Nations, 5.3.2009

Thiessen, Barbara, 2004: Re-Formulierung des Privaten. Professionalisierung personenbezogener, haushaltsnaher Dienstleistungsarbeit. Wiesbaden

Wichterich, Christa, 2009: Frauen als soziale Airbags. Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen. In: Lunapark21, Heft 6. www.lunapark21.net/archiv/lp21/lp21_09_06_22-25.pdf (Abfrage 15.3.2010)

Winker, Gabriele, 2008: Neoliberale Regulierung von Care Work und deren demografische Mystifikationen. In: Buchen, Sylvia/Maier, Maja (Hg.): Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demografischen Wandel. Wiesbaden, 47–62

«Den Anhängern des bedingungslosen Grundeinkommens bleiben gute Argumente: Ein grosser Teil der produktiven Arbeit (Haushalt, private Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit) würde vergleichbar zur Lohnarbeit entlöhnt. Und so überaus produktiv scheint die heutige Gesellschaft auch wieder nicht, wenn sie (wie aktuell in Südeuropa) jedem zweiten Jugendlichen keine Arbeit gibt. Und inzwischen eine breite Mittelschicht mit Armut bedroht.» *Tages-Anzeiger*

Christian Müller | Daniel Straub
Die Befreiung der Schweiz | Über das bedingungslose Grundeinkommen
Mit Gesprächen über das Grundeinkommen mit Endo Anaconda, Ina Praetorius, Peter A. Fischer, Gudrun Sander, Rosmarie Zapfl, Klaus W. Wellershoff, Peter von Matt
120 Seiten | Fr. 18.– | www.limmatverlag.ch